



Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Emmanuel Macron, Präsident der Republik Frankreich

In Kopie: Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission

Berlin/Paris, 10. November 2017

Den Umbau zur CO₂-freien Wirtschaft ins Zentrum der französisch-deutschen Partnerschaft rücken

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Präsident,

der Beginn der neuen Legislaturperioden in Frankreich und Deutschland eröffnet ein einzigartiges politisches Zeitfenster, um die deutsch-französische Partnerschaft weiter zu stärken und eine ehrgeizigere Klimaschutzagenda in den Mittelpunkt eines erneuerten europäischen Projekts zu stellen.

Die Auswirkungen des Klimawandels werden zunehmend spürbar: 2016 war das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen und 2017 ist ein Jahr der Extremwetterereignisse. Dies unterstreicht die dringliche Handlungsnotwendigkeit. Ihre wiederholten Zusagen, die vollständige Umsetzung des Pariser Klimaabkommens zu unterstützen und Ihre große Kooperationsbereitschaft sind zentral, um die Verpflichtungen einzuhalten, die globale Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen und Anstrengungen zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad zu unternehmen. Angesichts der aktuellen Regierung der USA ist Ihre Führung in den internationalen Klimaverhandlungen so wichtig wie nie zuvor.

Auf europäischer Ebene ist dringend mehr Ambition erforderlich, um die Pariser Klimaziele in konkrete Politik zu übersetzen. Als wichtiger Treiber des europäischen Reformprozesses sollte das deutsch-französische Duo auch der Motor für eine ehrgeizige EU-Klimapolitik werden, die hochwertige Arbeitsplätze in Europa schafft und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger schützt. Dies kann auch andere EU-Mitgliedstaaten ermutigen, ihre Anstrengungen zur Dekarbonisierung zu beschleunigen und ihre Wirtschaft und Infrastruktur zu modernisieren.

Im kommenden Jahr gilt es, wichtige Schritte einzuleiten:

- Stellen Sie durch eine enge und starke französisch-deutsche Zusammenarbeit sicher, dass Europa seinen fairen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen leistet. Die aktuelle EU-Klima- und Energiepolitik für 2030 ist im besten Falle auf eine Treibhausgasminderung um 80 Prozent bis 2050 ausgerichtet. Das steht im Widerspruch zu den Zielen des Abkommens. **Wir rufen Sie daher auf, die 2030-Ziele deutlich vor 2020 anzuheben. Dabei gilt es, das Prinzip *Efficiency First* und die Zielsetzung 100 Prozent erneuerbare Energien zu berücksichtigen.** Unterstützen Sie gemeinsam die EU-Kommission, damit sie ihren ersten Entwurf für eine langfristige Klimastrategie innerhalb der nächsten 13 Monate vorlegt. Dieser sollte rechtzeitig zum Überprüfungsprozess („Talanoa Dialog“) der Klimakonferenz COP24 vorliegen und den IPCC-Sonderbericht zu 1,5 Grad sowie die verstärkte weltweite Dynamik für Klimaschutz berücksichtigen.
- Die aktuelle, fast beendete Reform des EU-Emissionshandels wird nicht ausreichen, um Anreize für den Umbau zu einer CO₂-freien Wirtschaft zu liefern. **Wir sind der Auffassung, dass die Einführung von regionalen CO₂-Mindestpreisen in ausreichender Höhe dazu beitragen kann, einen investitionsrelevanten CO₂-Preis zu erzeugen.** Gleichzeitig sind jedoch wirksame und ehrgeizigere europäische und nationale Pläne und Maßnahmen notwendig, um **die Nutzung fossiler Energien wie Kohle zu beenden und Scheinlösungen wie die Nutzung von Atomenergie zu verhindern.**
- Die laufenden Verhandlungen zum **EU-Energiepaket** und zur **Lastenteilung** sowie die kommende **Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik** und Initiativen in der **Verkehrspolitik** sind wichtige Chancen, um die EU auf den Weg hin zu einer CO₂-freien Wirtschaft bis spätestens 2050 zu bringen. Wir appellieren an Sie, die Verhandlungen mit einer ehrgeizigen französisch-deutschen Position voranzutreiben und die wirksame Um- und Durchsetzung von Maßnahmen sicherzustellen.
- **Ein EU-Haushalt für 2021-2028, der die Pariser Klimaziele widerspiegelt,** ist zentral für den wirksamen Umbau und den gerechten Übergang zu einer CO₂-freien Wirtschaft bis 2050. Ein neues EU-Budget darf keine Unterstützung für die fossile Energiewirtschaft enthalten. Investitionen der EU müssen besser im Einklang mit ihren Klimazielen stehen und lokale Kommunen beim Umbau unterstützen. Öffentliche Gelder sollten ländliche Gegenden stärker beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Verkehrsverlagerung hin zu CO₂-armer Mobilität und der Entwicklung nachhaltiger Landwirtschaft fördern. Zudem müssen Deutschland und Frankreich Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel ausreichend finanziell unterstützen. Die zügige Annahme einer EU-Finanztransaktionssteuer kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten.
- Es ist wichtig, **Finanzmärkte an die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens anzupassen,** wenn die Ziele des Abkommens erreicht werden sollen. Frankreich und Deutschland spielen eine zentrale Rolle dabei, dass Europas Finanzmärkte Wegbereiter der Agenda zur Dekarbonisierung werden.

Ihre Glaubwürdigkeit wird von Ihrer Fähigkeit abhängen, klimapolitische Bekenntnisse in starke nationale und europäische Politik umzusetzen. Wir sind uns sicher, dass eine solche politische

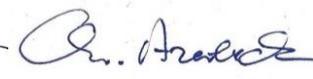
Agenda die EU stärken, klimapolitische Positionen zusammenbringen und den wichtigen europäischen Reformprozess voranbringen würde.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Präsident, das Pariser Klimaabkommen ist ein machtvoller Aufruf zu handeln – nun ist es an der Zeit, das zu tun. Wir appellieren an Sie: **Rücken Sie die Minderung von Treibhausgasemissionen und den Umbau zu einer sauberen Wirtschaft ins Zentrum Ihrer Zusammenarbeit** der kommenden Jahre und errichten Sie eine starke und ambitionierte europäische Führung im Klimaschutz.

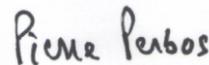
Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
**Deutscher
Naturschutzring**



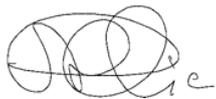
Dr. Christiane Averbeck
Geschäftsführerin
**Klima-Allianz
Deutschland**



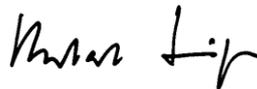
Pierre Perbos
Präsident
**Reseau Action Climat
France**



Michel Dubromel
Präsident
**France Nature
Environnement**



Gilliane Le Gallic
Präsidentin
Alofa Tuvalu



Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender
BUND



Philippe Lévêque,
Geschäftsführer
CARE France



Dr. Winfried Polte,
Präsident
**CARE Deutschland-
Luxemburg**



Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
Deutsche Umwelthilfe



Bruno Gazeau
Präsident
FNAUT



Audrey Pulvar
Präsidentin
**Fondation de la Nature
et de l'Homme**



Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender
Germanwatch



Martin Kaiser
Geschäftsführer
Kampagnen
Greenpeace



Leif Miller
Bundesgeschäftsführer
NABU Deutschland



Claire Fehrenbach
Geschäftsführerin
Oxfam France



Samuel Juhel
Präsident
REFEDD



Eberhard Brandes
Geschäftsführender
Vorstand
WWF Deutschland



Pascal Canfin
Geschäftsführer
WWF France